



Ombudsmann begrüßt Schritte der Kommission zur besseren Integration von Menschen mit Behinderungen

Pressemitteilung Nr. 9/2007 - 19/07/2007

Der Europäische Ombudsmann, **P. Nikiforos Diamandouros**, hat die Bemühungen der Kommission begrüßt, die Integration von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern. In einer kürzlich abgeschlossenen Untersuchung identifizierte er positive Maßnahmen, wie zum Beispiel leichter Zugang zu Informationen über die Website der Kommission und bessere Einstellungs- und Beförderungsbedingungen. Diamandouros betonte jedoch, dass noch mehr getan werden müsse, um die Mitarbeiter der Kommission für die Bedürfnisse behinderter Menschen zu sensibilisieren.

Die Untersuchung

Menschen mit Behinderungen machen einen bedeutenden Anteil der EU-Bevölkerung aus. Sie stehen einer ganzen Reihe von Hürden gegenüber, was Chancengleichheit, Unabhängigkeit und volle wirtschaftliche und soziale Integration betrifft. Im November 2003 hat der Europäische Ombudsmann aus eigener Initiative eine Untersuchung der Kommissions-Maßnahmen eingeleitet, um sicher zu stellen, dass Menschen mit Behinderungen im Umgang mit den europäischen Einrichtungen nicht diskriminiert werden. Im Rahmen dieser Untersuchung konsultierte der Ombudsmann Personen mit Behinderungen, Interessensvertreter, andere nationale und regionale Bürgerbeauftragte und Bürger.

Auf Grundlage seiner Prüfung bestätigte der Ombudsmann Fortschritte in verschiedenen Bereichen, darunter auch verbesserte Bedingungen für die Einstellung und Beförderung von Menschen mit Behinderungen. Er stellte fest, dass die Kommission Informationen und Daten zugänglicher gemacht hat, vor allem auf ihrer Website. Die Kommission hat außerdem den Zugang zu ihren Örtlichkeiten behindertengerechter gestaltet.

Der Ombudsmann teilt jedoch die Meinung vieler Interessensvertreter, dass in anderen Bereichen noch mehr getan werden muss. Er forderte deshalb die Kommission auf, ihre Förder-Maßnahmen für die Einstellung und Beförderung von behinderten Menschen transparenter zu machen. Er kritisierte ihre bislang ungenügenden Schritte, die Mitarbeiter der Kommission für die Bedürfnisse behinderter Menschen zu sensibilisieren. Er forderte außerdem mehr finanzielle Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und beurteilte die Lage in den Europäischen Schulen für Schüler mit Behinderungen als mangelhaft.



Der Ombudsman wird sorgfältig überwachen, ob die Kommission ihre Zusage einhält, ihre Politik in diesem wichtigen Bereich weiter zu verbessern. Erfolg in dieser Richtung wird sicherstellen, dass die Stimme behinderter Menschen ausreichend von den europäischen Institutionen gehört wird.

Die vollständige Untersuchung finden Sie unter:

<http://www.ombudsman.europa.eu/cases/correspondence.faces/de/3540/html.bookmark>

Für Anfragen zur Untersuchung: José Martínez-Aragón, Hauptrechtsberater, Tel. +33 388 17 2401